

Erklärungen und Stellungnahmen

Bewilligungsverfahren beim Gewerbeaufsichtsamt zur Mitwirkung von Kindern und vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen bei Veranstaltungen im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArb-SchG).

Hinweis

Vollzeitschulpflichtige Jugendliche werden nach dem Gesetz wie Kinder behandelt. Bitte füllen Sie die nachfolgende Erklärung vollständig und wahrheitsgemäß aus.

1. Einverständniserklärungen der Personensorgeberechtigten (Eltern, Vormund)

Wir sind mit nachstehender Beschäftigung unseres Kindes einverstanden:

Familienname des Kindes		Vorname		Geburtsdatum	
zur Zeit besuchte Schule				Schulklasse	
Arbeitgeber Name		Vorname			
Straße, Haus-Nummer		PLZ	Ort		
Titel der Veranstaltung/Produktion					
Art der Mitwirkung					
Beschäftigungsort		PLZ			
Beschäftigungsdauer		von Datum	bis Datum	Tage insgesamt	
Wie viele Tage wurde Ihr Kind in diesem Kalenderjahr bereits bei anderen Produktionen, Projekten, Veranstaltungen im In- und Ausland beschäftigt?				Tag(e)	
Für wie viele zukünftige Beschäftigungstage haben Sie bereits eine Einverständniserklärung abgegeben?				Tag(e)	
Gemeinsamer Wohnsitz					
Straße, Haus-Nummer		PLZ	Ort		
Telefon					
Anschrift des Kindes bei getrenntem Wohnsitz					
Straße, Haus-Nummer		PLZ	Ort		
Telefon					

Hinweis:

Obliegt das Sorgerecht nur einem Elternteil, ist die eidesstattliche Erklärung ergänzend auszufüllen.

Familienname des Kindes		Vorname		Geburtsdatum	
Titel der Veranstaltung/Produktion					
Beschäftigungsdauer		von Datum	bis Datum	Tage insgesamt	

Ort, Datum

Unterschrift Mutter

Name, Vorname in Druckbuchstaben

Ort, Datum

Unterschrift Vater

Name, Vorname in Druckbuchstaben

Eidesstattliche Erklärung:

Hiermit bestätige ich, dass ich das alleinige Sorgerecht für mein Kind habe (*evtl. Kopie des Urteils oder Sorgerechtsbeschluss anbei*).

Unterschrift der Sorgeberechtigten/des Sorgeberechtigten

Hinweis:

Die Stellungnahmen zu 2. (Arzt), 3. (Schule) und 4. (Jugendamt) erfolgen jeweils unabhängig voneinander.

2. Ärztliche Bescheinigung (nicht älter als 3 Monate bei Antragstellung)

Das Kind oder die Jugendliche/der Jugendliche

Name	Vorname	Geburtsdatum
------	---------	--------------

wurde von mir untersucht am

Datum

Ergebnis:

Gegen die beabsichtigte Beschäftigung des Kindes bzw. der Jugendlichen/des Jugendlichen bei einer Veranstaltung im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 bestehen

keine Bedenken.

folgende Bedenken (gegebenenfalls auf Beiblatt):

Erläuterungen

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel der Ärztin/des Arztes

Hinweis:

Die Stellungnahmen zu 2. (Arzt), 3. (Schule) und 4. (Jugendamt) erfolgen jeweils unabhängig voneinander.

3. Unbedenklichkeitserklärung der Schule/Schulbehörde

(Gültigkeit nur für das beantragte Projekt)

Hinweis:

Das Gewerbeaufsichtsamt bittet auch für den Fall, dass die Beschäftigung außerhalb des Unterrichts, z. B. in den Ferien, erfolgt um eine Stellungnahme.

Das Kind oder die Jugendliche/der Jugendliche

Name	Vorname	Geburtsdatum
------	---------	--------------

ist vollzeitschulpflichtig und besucht folgende Schule

Name der Schule	Klasse
-----------------	--------

Straße, Haus-Nummer	PLZ	Ort
---------------------	-----	-----

Titel der Veranstaltung/Produktion

Durch die beabsichtigte Beschäftigung wird das Fortkommen in der Schule voraussichtlich

nicht beeinträchtigt. beeinträchtigt.

Eine Unterrichtsbefreiung, Beurlaubung

wird erteilt für den Zeitraum

Datum von

Datum bis einschließlich

kann nicht erteilt werden.

Es bestehen folgende Bedenken (ggf. auf Beiblatt):

Erläuterungen

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel der Schule / der Schulbehörde

Hinweis:

Die Stellungnahmen zu 2. (Arzt), 3. (Schule) und 4. (Jugendamt) erfolgen jeweils unabhängig voneinander.

4. Stellungnahme des Jugendamtes**Hinweise:**

Dem Jugendamt sind zur Abgabe einer Stellungnahme folgende Unterlagen vorzulegen:

1. Der vollständig ausgefüllte Antrag mit allen Beiblättern und den Unterlagen, die zur Beschreibung der Mitwirkung der Minderjährigen erforderlich sind, wie z. B. Text-, Drehbücher und Bühnen-, Spiel-, Auftrittspläne etc.,
2. die vollständig ausgefüllte Einverständniserklärung der Personensorgeberechtigten mit den Angaben zur bisherigen Mitwirkung des Kindes bei anderen Veranstaltungen in diesem Kalenderjahr (siehe Ziffer 1.),
3. die unterzeichnete datenschutzrechtliche Einwilligung der Personensorgeberechtigten (siehe Ziffer 5.).

Für die persönliche Abgabe der Unterlagen sollte ein Termin mit dem Jugendamt vereinbart werden. Das Jugendamt benötigt für seine Stellungnahme mindestens eine Woche.

Gegen die beabsichtigte Beschäftigung des Kindes bzw. der vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen/des vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen:

Name	Vorname	Geburtsdatum
Titel der Veranstaltung/Produktion		
Art der Mitwirkung		

entsprechend § 6 JArbSchG Abs. 1 bestehen

keine Bedenken.

folgende Bedenken (ggf. auf Beiblatt):

Erläuterungen

Diese Stellungnahme ist gültig für den Zeitraum

Datum von

Datum bis

Sind für das Kind bzw. der vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen/
des vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen im laufenden Kalenderjahr
bereits Stellungnahmen nach § 6 Abs. 2 erfolgt?

Ja Nein

Um wieviel Beschäftigungstage hat es sich insgesamt gehandelt?

Tage

Name des Sachbearbeiters

Telefonnummer des Sachbearbeiters

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel des Jugendamtes

Hinweis:

Die Stellungnahmen zu 2. (Arzt), 3. (Schule) und 4. (Jugendamt) erfolgen jeweils unabhängig voneinander.

5. Einwilligungserklärung zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der persönlichen Daten

Familienname des Kindes	Vorname	Geburtsdatum	
Titel der Veranstaltung/Produktion			
Beschäftigungsdauer	von Datum	bis Datum	Tage insgesamt

Für den Fall, dass sich durch die Art und/oder Dauer der beantragten Beschäftigung, Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung des Kindeswohls ergeben (z. B. bei der Mitwirkung in Theater-, Film- oder Fernsehproduktionen mit psychisch belastenden Inhalten), gebe ich/geben wir **freiwillig** folgende Erklärung ab:

Hiermit willige ich/willigen wir in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ein, soweit sie zur Bearbeitung des Antrags auf Bewilligung einer Ausnahme nach § 6 Abs. 1 JArbSchG notwendig sind. Das Jugendamt wird ermächtigt, alle dem Antrag vorliegenden Erkenntnisse auszuwerten und die für die Begründung seiner Stellungnahme erforderlichen personenbezogenen Daten an das Gewerbeaufsichtsamt zu übermitteln.

Bei Verweigerung dieser Einwilligung kann das Jugendamt im oben genannten Fall die erforderliche Stellungnahme nicht abgeben. **Bei Fragen zur datenschutzrechtlichen Erklärung wenden Sie sich bitte an das für Sie zuständige Jugendamt.**

Ort, Datum

Unterschrift/Unterschriften des Personensorgeberechtigten/
der Personensorgeberechtigten